duz
UNABHÄNGIGE DEUTSCHE UNIVERSITÄTSZEITUNG

04
10.05.2013 | EUR 6,80

europa
Für Forscher und Wissenschaftsmanager

Index zur Chancengleichheit

Forscher vergessen Forscherinnen

Vilnius Mitte Juni wird das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen in Vilnius einen EU-Index zur Chancengleichheit von Frauen vorstellen. Er soll auf 27 EU-Staaten anwendbar sein und Politikern als Leitlinie für Gleichstellungsfragen dienen. Der Index erfasst sechs Dimensionen, darunter Arbeit, Bildung, Macht. Die Situation von Frauen in der Wissenschaft wird von den Forschern des Institutes jedoch nicht gesondert erfasst. Dabei haben es Frauen im deutschen Wissenschaftssystem besonders schwer, Karriere zu machen: Nur 15 Prozent der Führungspositionen sind mit ihnen besetzt. **Agenda Seite 4**

tipp der redaktion

Gleichstellungs-Ranking

Köln Das aktuelle Ranking des Kompetenzzentrums Frauen in Wissenschaft und Forschung (CEWS) befasst sich explizit mit der Situation von Wissenschaftlerinnen. Die TU Berlin belegt demnach einen Spitzenplatz, wenn es um die Gleichstellung von Frauen geht. Die Rangliste liegt jetzt zum sechsten Mal vor.

➜ **Internet:** www.gesis.org/cews/fileadmin/cews/www/download/cews-publik17.pdf

themen

hochschule
Qualität: Experten wollen, dass sich die Lehre an Hochschulen verbessert, indem sich Dozenten weiterbilden. **Seite 6**

forschung
Struktur: Wissenschaftler arbeiten an einem Marktplatz für das Meer von Forscherdaten. Ziel: mehr Durchblick. **Seite 7**

kontakte
Öffentlichkeit: Britische Wissenschaftler profitieren davon, wenn sie ihre Arbeit der Gesellschaft präsentieren. **Seite 8**

ticker
Uneinigkeit: Der Wissenschaftsrat hat über die künftige Finanzierung der Hochschulen diskutiert. **Seite 13**

brennpunkt
Verunsicherung: Englands Hochschulen befürchten weitere verheerende Einschnitte bei ihren Budgets. **Seite 30**

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

PLANEN

Geld oder Gott, was macht glücklicher? Es kommt darauf an, in welchem Land man lebt, zeigt eine Studie. In säkularisierten Ländern wie Deutschland steigert Reichtum das Wohlbefinden. In religiösen wie Polen fühlen sich arme und reiche Menschen gleich wohl. Foto: colourbox.com

➜ **Internet:** http://spp.sagepub.com/content/early/2012/12/20/1948550612469819

1. – 4. Juli

Wissenschaftsmanager tagen in Wien

Wien Drittmittel-Akquise, Projektverwaltung, Marketing: Wissenschaftsmanager übernehmen Aufgaben, um Forschern den Rücken freizuhalten. Auf der Konferenz der europäischen Vereinigung der Wissenschaftsmanager Earma (European Association of Research Manager and Administrators) wird darüber diskutiert. Tagungsort ist die Technische Universität Wien. Anmeldungen sind bis 21. Juni möglich.

➜ **Internet:** www.earma-vienna-2013.com

4. – 7. Juli

Konferenz für Nachhaltigkeit, Energie und Umwelt

Brighton Hinter dem Modewort Nachhaltigkeit stecken viele Themen – von Energieversorgung bis zu umweltbewussten Geschäftspraktiken. Um dieses breite Spektrum geht es auf der Konferenz ECSEE (European Conference on Sustainability, Energy and the Environment). Dazu lädt das Akademiker-Forum (iafor) nach Brighton ein. Themen für Vorträge können bis 20. Mai eingereicht werden.

➜ **Internet:** http://ecsee.iafor.org

8. Juli

Wie Fachhochschulen Geld aus Brüssel bekommen können

Bonn Das Bundesforschungsministerium informiert Fachhochschulen am 8. Juli im Universitätsclub Bonn, wie sie Geld aus dem nächsten EU-Forschungsrahmenprogramm nutzen können. Anmeldung bis 14. Juni.

➜ **Internet:** https://secure.pt-dlr.de/pt-conference/conference/FH_juli2013_BN

Innovationspreis für Frauen

EU-Kommission sucht Wissenschaftlerinnen mit Unternehmergeist und Geschäftssinn

Brüssel Forschende Frauen verstecken sich nicht. Und dennoch gehen sie bei der Mehrzahl forschender Männer unter. Das will die Europäische Kommission ändern und zeigen, welches Potenzial Wissenschaftlerinnen und Unternehmerinnen in Europa haben. Deshalb schreibt sie jetzt zum zweiten Mal den Innovationspreis für Frauen aus.

Bis 15. Oktober können Frauen vorgeschlagen werden, deren Forschung maßgeblich dazu beigetragen hat, ein wirtschaftlich, sozial und wissenschaftlich relevantes Produkt auf den Markt zu bringen oder ein Unternehmen zu gründen. Prämiert werden drei Siegerinnen. Es gibt drei Preise mit je 25 000, 50 000 und 100 000 Euro. Die Kommission will mit dem Preis erfolgreiche Forscherinnen zu Vorbildern für Nachwuchswissenschaftlerinnen machen. Andererseits sollen forschende Frauen ermutigt werden, die wirtschaftlichen Möglichkeiten ihres Forschungsvorhabens als Unternehmerinnen zu nutzen. Gesucht werden also vor allem Wissenschaftlerinnen mit Unternehmergeist.

Der Preis wird zum zweiten Mal vergeben. 2011 belegte die deutsche Biochemikerin Dr. Gitte Neubauer den ersten Platz. Sie erhielt den Preis für die Mitgründung des Biopharma-Unternehmens Cellzome in Heidelberg, in dem Medikamente gegen Krebs entwickelt werden. Es gilt als besonderes Beispiel für die kommerzielle Nutzung von Wissenschaft. tb

➜ **Internet:** http://ec.europa.eu/research/participants/portalplus/static/desktop/en/calls/fp7-cdrp-women-innovators.html

Konferenz zur Hochschulbildung

Europäisches Netzwerk für Kooperationen fördert seit 20 Jahren die internationale Hochschulbildung

Brüssel / Den Haag Wie sich die Hochschulen Europas im weltweiten Wissenschaftssystem entwickelt haben und wie ihre Zukunft aussieht, das ist der Schwerpunkt einer Konferenz vom 9. bis 11. Juni in Den Haag. Dazu lädt die Vereinigung für akademische Kooperationen ACA (Academic Cooperation Association) ein. ACA ist ein europäisches Netzwerk von Institutionen, das die Internationalisierung von Hochschulbildung vorantreibt. Die Teilnehmer diskutieren aber auch über die internationale Mobilität von Forschern. Darüber hinaus wird der 20. Geburtstag der ACA gefeiert.

Eingeladen sind Rektoren und Vize-Rektoren von Hochschulen, Mitarbeiter für internationale Beziehungen in Ministerien, Vertreter europäischer und globaler Hochschulverbände und Regierungen. Erwartet werden rund 300 Teilnehmer aus ganz Europa. Sie hören nicht nur Redner aus Hochschulforschung und -politik wie Ulrich Grothus, stellvertretender Generalsekretär des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD), sondern werden vor allem in Workshops die Aspekte der Internationalisierung der Hochschulbildung beleuchten. Umsonst ist die Konferenz allerdings nicht. Die Teilnahme kostet 540 Euro. tb

Foto: flickr/gpoo

Die ACA lädt zur Jubiläumskonferenz in die Nieuwe Kerk (Neue Kirche) in Den Haag.

➜ **Internet:** www.aca-secretariat.be/index.php?id=655

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

Foto: privat

Dr. Nadia Mazouz ist Professorin für praktische Philosophie an der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Zürich.

Kommunikation als Basis gerechter Entscheidungen

„Jeder sollte den Anspruch haben, seine Überzeugungen begründen zu können“

Nicht immer werden Entscheidungen von Führungskräften als gerecht empfunden. Die Philosophin Dr. Nadia Mazouz erläutert, wann etwas gerecht oder ungerecht ist.

duz *Frau Mazouz, was ist gerecht?*

Mazouz Gerechtigkeit ist nicht einfach da, sondern ein Inbegriff für Urteile darüber, was gerecht ist. Dahinter steckt ein deliberatives Prinzip: Gerecht ist, was die vernünftige Zustimmung der Betroffenen finden kann. Die Grundidee der deliberativen Theorie ist, dass diese Beurteilungen von den Auffassungen des Guten und Richtigen derjenigen abhängen, die von Handlungen betroffen sind oder in Beziehungen involviert sind. Beurteilt werden Handlungen, von denen Personen betroffen sind, sowie Beziehungen zwischen Personen. Gerechtigkeit ist Ausdruck wechselseitigen Respekts, und gerechte Urteile können nur in solchen Respektsbeziehungen gefällt werden.

duz *Das heißt, die allumfassende Gerechtigkeit gibt es nicht?*

Mazouz Richtig. Wir können nicht davon ausgehen, dass das, was wir für gerecht halten, andere auch als gerecht empfinden. Wir sollten unsere Ansicht anderen nicht aufdrängen. Ein Beispiel: Wenn wir in Mitteleuropa es für gerecht halten, dass jeder eine warme Jacke hat, gilt das für Menschen in der Wüste oder für solche, die sich kulturell bedingt ohnehin nicht in Jacken kleiden, nicht.

duz *Es reicht nicht, dass sich jeder überlegt, was er für gerecht hält?*

Mazouz Nein. Wir müssen jede Person fragen, was sie für gerecht hält.

duz *Aber dann wird vermutlich nie ein Konsens erreicht?*

Mazouz Manchmal vielleicht schon, meist jedoch nicht, da haben Sie recht. Doch der deliberative Ansatz geht davon aus, dass wir in intakten Beziehungen leben, die von gegenseitigem Respekt geprägt sind. Durch Kommunikation kann so entweder Konsens erzielt werden, oder man einigt sich immerhin darauf, dass man unterschiedlicher Ansicht ist und respektiert diese auch. Das heißt, man akzeptiert ein Veto-Recht des jeweils anderen. Im weiteren Kommunikationsprozess muss dann überlegt werden, wie mit diesem Dissens umgegangen werden kann.

duz *Übertragen auf Hierarchien: Was kann man tun, wenn Entscheidungen als ungerecht empfunden werden?*

Mazouz Grundsätzlich wird die jeweilige Regelung, auch die der hierarchischen Ordnung, dann als gerecht empfunden, wenn sie eingebunden ist in kommunikative Strukturen. Wenn also eine Entscheidung als ungerecht empfunden wird, gilt es, miteinander zu kommunizieren und die unterschiedlichen Ansichten von Gerechtigkeit erst einmal zu respektieren.

duz *Wie wird dieser Dissens gelöst?*

Mazouz In intakten Beziehungen zwischen Personen beharrt keiner auf seiner Ansicht, sondern überlegt sich, weshalb der andere anders denkt. Jeder sollte den Anspruch haben, seine Überzeugungen begründen zu können.

duz *Was ist, wenn das Gegenüber sich darauf nicht einlässt?*

Mazouz Zugegeben, ein Nachteil deliberativer Theorie ist, dass sie nur für halbwegs intakte Beziehungen sowie für eigenständige Personen gilt. Doch auch gegenüber Personen, die Beziehungen des Respekts nicht eingehen wollen, müssen meine Handlungen immer noch zu rechtfertigen sein, um als gerecht zu gelten. Beispielsweise, wenn mich jemand angreift, darf ich mich verteidigen, aber nicht Gewalt im Übermaß anwenden, um gerecht zu bleiben.

➜ **Literaturhinweis: Nadia Mazouz: Was ist gut? Was ist gerecht?, Weilerswist 2013, Preis: 45 Euro, E-Book: 18 Euro.**

Das Gespräch führte Tina Bauer.

Ausschreibungen aus Europa

Marie-Curie-Stipendium

Forscher-Kollegen nach Europa holen

Brüssel Um Wissen zu stärken und durch Kooperationen zu erweitern, stellt die Europäische Kommission rund 44,5 Millionen Euro für Gastaufenthalte von Forschern aus Drittländern bereit. Diese können ein oder zwei Jahre in einem EU-Mitglieds- oder assoziierten Staat forschen. Bis 14. August können internationale Wissenschaftler für das Marie-Curie-Programm IIF (International Incoming Fellowships) vorgeschlagen werden.

➜ **Internet: http://ec.europa.eu/research/mariecurieactions/about-mca/actions/iif/**

Forschungsreise

DAAD fördert drei Monate Japan-Aufenthalt

Bonn Für eine Forschungsreise ab Frühjahr 2014 nach Japan können sich promovierte deutsche Wissenschaftler bis 15. November bewerben. Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) unterstützt in Zusammenarbeit mit der japanischen Wissenschaftsgesellschaft JSPS (Japan Society for the Promotion of Science) einen Aufenthalt bis zu drei Monaten.

➜ **Internet: www.daad.de**

Kooperation mit Russland

Bildungsministerium baut Forschernetzwerk aus

Berlin Das Bundesforschungsministerium unterstützt deutsch-russische Partnerschaftsprojekte. Damit soll die Forschung beider Länder vernetzt und ausgebaut und anwendungsnahe Projekte mit Industriebeteiligung, die thematisch in das EU-Forschungsprogramm passen, sollen gefördert werden. Deutsche Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Unternehmen können sich bis 30. September bewerben.

➜ **Internet: www.kooperation-international.de**

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

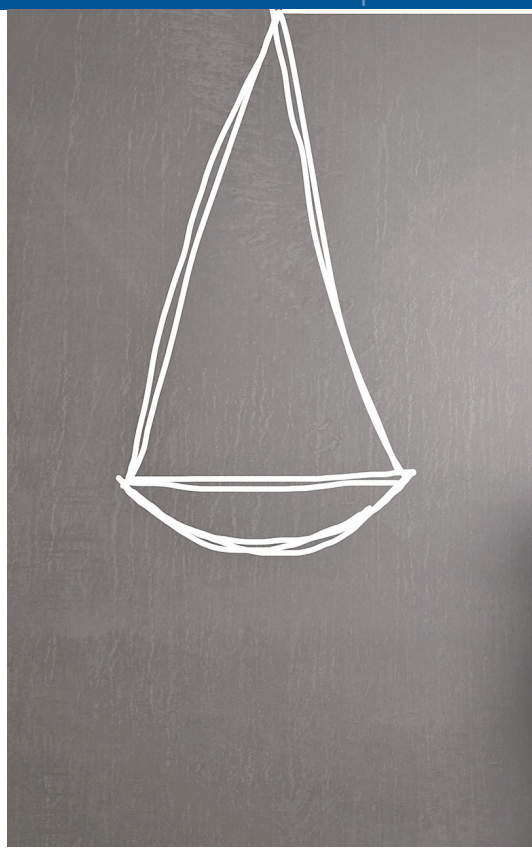
PLANEN

Der Duft frischer Minze hilft da auch nicht mehr. Wenn Sie nicht wollen, dass andere riechen, wie gestresst Sie sind, können Sie Kaugummis vergessen. Britische Chemiker haben Stress-Indikator-Substanzen im Atem gefunden, zum Beispiel Indol. Welches Kraut ist dagegen bloß gewachsen?

Foto: colourbox.com

➜ **Internet:** http://iopscience.iop.org/1752-7163/7/1/017102

Drei Jahre nach seiner Eröffnung steht das Institut für Gleichstellung in Vilnius endlich vor seinem ersten Coup. Im Juni will es einen EU-Index zur Chancengleichheit vorstellen. Nur: Die Wissenschaft kommt darin nicht vor.



Geschlechtergerechtigkeit

Wo die Forschung ihre Frauen einmal mehr vergisst

Vilnius Die Gleichstellungsfrage ist in Europa weiterhin ungeklärt. Ob in der Gesellschaft oder im Beruf – Frauen werden diskriminiert. Auch und gerade in Deutschland. Einzelne Erhebungen wie Einkommensvergleiche zwischen Männern und Frauen belegen das ebenso wie der vergleichsweise geringe Anteil von Wissenschaftlerinnen an deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Mit einer Frauenquote von 25 Prozent liegt Deutschland deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 33 Prozent. Bei den jeweils höchsten Positionen im Wissenschaftssystem gehört die Bundesrepublik mit 15 Prozent zu den Ländern mit dem geringsten Frauenanteil. Die Zahlen sind nicht neu. Sie entstammen der jüngsten Ausgabe der sogenannten She Figures, einem Bericht, der alle drei Jahre im Auftrag der EU-Kommission erstellt wird und zuletzt im vergangenen Jahr erschien (duz EUROPA 09/2012, S. 4f.).

Mitte Juni nun will das europäische Institut für Gleichstellungsfragen EIGE (European Institute of Gender Equality) mit Sitz im litauischen Vilnius neue Grundlagen für europaweite Vergleiche bei der Chancengleichheit vorstellen: Der Index erfasst die Geschlechtergerechtigkeit in insgesamt sechs Dimensionen und soll auf alle 27 EU-Staaten anwendbar sein. Zu den Bereichen gehören work (Arbeit), money (Geld), knowledge (Bildung), time (Zeit) und power (Macht) ebenso wie health (Gesundheit).

Die Gleichstellung von Frauen im Wissenschaftsbetrieb wird bei dem Index allerdings nicht gesondert erfasst. Für jemanden, dessen Herzblut genau an diesem Thema hängt, ist das enttäuschend – jemanden wie Brigitte Mühlenbruch. Sie ist Präsidentin der EPWS, der europäischen Plattform für Wissenschaftlerinnen, und damit einer Organisation, die sich seit 2005 um die Belange von Frauen in der Wissenschaft kümmert. So wie die EIGE heute, so wurde einst auch die EPWS von der EU gefördert. Seitdem die Finanzierung im Jahr 2009 auslief, ist die Plattform auf sich allein gestellt und hält sich mit Mitgliedsbeiträgen und Spenden über Wasser (duzEUROPA 08/2009; S. 6f.).

„Ein Index ist eine Kennzahl und sieht keine Sanktionsmöglichkeiten vor."

Das Wissen und die Erfahrung der EPWS hätte Brigitte Mühlenbruch gern dem EIGE-Team zur Verfügung gestellt: „Wir haben uns damals, als es um die aktuelle Gründung des EIGE ging, heftig bemüht, mit den Verantwortlichen in der Kommission ins Gespräch zu kommen", erzählt sie. Aber wie das in der EU häufig der Fall ist, verhinderten bürokratische Hürden eine Kooperation. Da EPWS und EIGE damals von unterschiedlichen Generaldirektionen der Kommission in Brüssel finanziert wurden, war eine Zusammenführung aus haushaltstechnischen Gründen nicht möglich. Auch zog sich die Gründung von EIGE in die Länge. Erst vor ziemlich genau drei Jahren konnte das Institut offiziell eröffnet werden.

Der Index nun wird der erste große Coup der Organisation sein, die bis zum Jahresende mit ingesamt 52,5 Millionen Euro von der EU unterstützt wird. Gedacht und gemacht ist der Index in erster Linie für Politiker der EU-Mitgliedsstaaten. Ihnen soll er ein Leitfaden für die Gleichstellungspolitik in ihrem jeweiligen Einflussbereich sein. Per Internet sollen die Daten aber auch in Kürze für jeden EU-Bürger abrufbar sein. Mit ein paar Klicks lässt sich so erfahren, wie

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

Foto: FU Berlin

Mechthild Koreuber ist Frauenbeauftragte der Freien Universität Berlin.

Foto: lassedesignen / fotolia.de

Jung, klug und benachteiligt: Die Situation von Frauen im Wissenschaftsbetrieb spielt selbst beim EU-weiten Index zur Chancengleicheit keine Rolle.

es etwa in Frankreich und Deutschland mit der Bezahlung von Frauen aussieht. Wer spezifische Daten aus dem Wissenschaftsbetrieb sucht, wird sie sich allerdings weiterhin aus den She figures besorgen müssen. „Es gibt zwar keine direkten Zahlen zu Geschlechtergerechtigkeit im wissenschaftlichen Bereich, aber die Unterschiede in den Feldern Bildung, Gesundheit, Macht und Arbeit können Hinweise darauf geben“, versucht Nicolaas Vlaeminck, Sprecher des EIGE, das zu erklären.

Insofern mag der Index als ergänzende und weiterführende Informationsquelle zwar durchaus hilfreich sein. Doch hat Brigitte Mühlenbruch einige Zweifel, ob der neue Index wirklich dazu beitragen kann, die Situation von Wissenschaftlerinnen in den EU-Mitgliedsstaaten entscheidend zu verbessern. „Ein Index ist eine Kennzahl und sieht bei Nichterreichen zunächst keine Sanktionsmöglichkeiten vor“, sagt Mühlenbruch. Anders sehe das bei Instrumenten auf nationaler Ebene aus, etwa den Gleichstellungsstandards der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Dort seien bei Nichteinhaltung auch Sanktionsmöglichkeiten gegeben. Den guten Willen des EIGE immerhin erkennt Mühlenbruch dennoch an: „Grundsätzlich freue ich mich über alles, was im Bereich Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit erfolgreich durchgesetzt wird. Also auch über einen solchen Index.“ Wenn durch ihn die allgemeine Situation von Frauen in Europa verbessert werden könne, würden auch die Frauen in der Wissenschaft davon profitieren, glaubt Mühlenbruch.

Beim EIGE ist, was das Thema Gleichstellung von Männern und Frauen in der Wissenschaft betrifft, also noch Luft nach oben. Die Organisation ist sich dessen offenbar bewusst, denn in Zukunft, verspricht Sprecher Vlaeminck, wolle sich das Institut dem Thema intensiver widmen.

➜ **Internet:** http://eige.europa.eu/

Ulrike Thiele
ist Journalistin in Berlin.

Interview

„Da wird eine Chance verpasst“

Gleichstellungsbeauftragte setzen sich tagtäglich in der Wissenschaft für die Chancengleichheit ein. Was halten sie von dem Index für Geschlechtergerechtigkeit? Antworten von Mechthild Koreuber, Frauenbeauftragte der Freien Universität Berlin.

duz *Frau Koreuber, ist ein Index für Geschlechtergerechtigkeit, wie ihn das EU-Institut für Gleichstellungsfragen in Vilnius konzipiert hat, überhaupt notwendig?*

Koreuber Auf jeden Fall! Ich finde das Projekt sehr spannend. Durch ihn wird Geschlechtergerechtigkeit in den EU-Ländern vergleichbar gemacht. Und da gibt es sicherlich große Unterschiede zwischen der Selbstwahrnehmung in einem Land und den objektiven Tatsachen.

duz *Was ist an dem Index besonders bemerkenswert?*

Koreuber Dieses Projekt ist nach meinem Wissen ein Novum. Es werden nicht nur Vergleiche in einem Bereich hergestellt, sondern auch Querverbindungen berücksichtigt. So kann man auch erkennen, wie bestimmte Entwicklungen miteinander korrelieren, etwa die Betreuungssituation von Kindern und die Teilhabe von Frauen auf höheren Ebenen in Wissenchaft unde Gesellschaft.

duz *Das Thema Wissenschaft taucht im Index nicht als eine gesonderte Kategorie auf. Wie bewerten Sie das?*

Koreuber Das bedaure ich ein wenig. Denn das Feld Wissen ist zu beschränkt, weil es nur um Ausbildung geht. Auch im Bereich Arbeit kommen wir nicht an die Problematik heran, etwa wenn es um Frauen in Professorenstellen geht. So können wir auch nicht beurteilen, ob sich im Feld Wissenschaft etwas verändert. Ich finde, da wird eine Chance verpasst. ut

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

Foto: colourbox.com

Was an europäischen Hochschulen zur Verbesserung der Lehre getan wird, untersuchen Experten der EU.

Wer lehren will, muss lernen: Von der EU beauftragte Experten suchen in den Mitgliedsländern nach Beispielen zur Förderung der Hochschullehre. Die Funde werden im Juni vorgestellt. Die duz kennt erste Empfehlungen.

von Eva Keller

Qualität der Lehre

EU-Experten fordern mehr und einheitlichere Trainings für Dozenten

Brüssel Die Lehre an Hochschulen soll besser werden. In Deutschland gibt es erste Bemühungen dazu. Lehrpreise wie der Ars legendi-Preis des Stifterverbands werden ausgelobt. Und die Bundesregierung steuert seit 2011 immerhin zwei Milliarden Euro im sogenannten Qualitätspakt für die Lehre bei. Doch eine kohärente Strategie zur Förderung der Hochschullehre gibt es nicht – und in einigen anderen Ländern passiert nach Beobachtungen der EU noch weniger.

Aus diesem Grund hat die Europäische Kommission im September 2012 eine Expertengruppe eingesetzt, die seitdem in den Mitgliedsländern nach vorbildlichen Praxisbeispielen sucht. Im Juni will sie ihren ersten Bericht zu „Qualität und Exzellenz in Lehre und Lernen“ vorlegen. Darin wird den EU-Mitgliedsländern und ihren Hochschulen empfohlen, eine strukturierte, pädagogisch-didaktische Ausbildung der Hochschullehrer ins Auge zu fassen – langfristig jedenfalls. Das kündigte Dr. Christian Bode, ehemaliger Generalsekretär des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) und eines der sieben Mitglieder der Expertengruppe, auf duz-Anfrage an. Manche Länder sollten zumindest schon mal mit einem Preis für gute Lehre einen Anfang machen, sagt er. Praxisbeispiele dafür würden im Bericht genannt werden.

Die Expertengruppe wird von der früheren irischen Präsidentin und Juraprofessorin Mary McAleese geleitet. Ihr arbeitet das Eurydice-Netzwerk zu, also die Informationsstellen in den Mitgliedsstaaten, die kontinuierlich Daten zu Bildungssystemen und Bildungspolitiken auswerten und dazu Bericht erstatten. Die deutsche Eurydice-Stelle der Länder ist bei der Kultusministerkonferenz angesiedelt.

Grundsätzlich sei das Engagement der EU-Mitgliedsländer für die Lehre sehr unterschiedlich, sagt Bode. Während mancherorts gar nichts passiert, geht Großbritannien mit gutem Beispiel voran: Dort bietet eine nationale Akademie seit 2004 Beratung und Trainings für Dozenten und Hochschulen an, entwickelt Standards und legt Förderprogramme auf. In Deutschland dagegen verlören sich viele gute Initiativen für mehr Qualität in der Lehre in der Unübersichtlichkeit, meint Bode. „Eine Selbstverwaltungsorganisation der Hochschulen, wie wir sie mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die Forschung haben, könnte mehr Visibilität, Systematisierung, Professionalisierung und vor allem mehr Nachhaltigkeit bewirken“, sagt er. Nur so könnten aus Einzelinitiativen die richtigen Schlüsse für eine wirksame Förderung der Lehre gezogen werden. Ob eine solche Einrichtung europaweit möglich und sinnvoll wäre, wird von den Experten noch diskutiert.

Einig sind sich Bode und seine Kollegen darin, dass Länder und Hochschulen für ihre Projekte zur Qualität in der Lehre viel stärker die laufenden und geplanten EU-Förderprogramme nutzen könnten. So ließen sich beispielsweise mit „Erasmus für alle“ Gastaufenthalte von Hochschullehrern in anderen Ländern fördern, um sich dort durch Austausch weiterzubilden. In Deutschland sollte auch der EU-Sozialfonds stärker für Bildungsprojekte eingesetzt werden. Mit in der Verantwortung sieht Bode ebenso die EU selbst: indem beispielsweise im Marie-Curie-Förderprogramm für Wissenschaftler Kurse zur Qualifikation für die Lehre berücksichtigt würden.

Mit der Vorlage des Berichts ist die Arbeit der Gruppe noch nicht erledigt. Ihr Mandat läuft bis 2015. Als nächstes wird sie sich dem Lernen im digitalen Zeitalter widmen.

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

Nur ein Zentimeter groß soll das Mathe-Zentrum im Gehirn sein. Neurowissenschaftler der Uni Stanford wollen es gefunden haben. Rund zwei Millionen Nervenzellen reagieren ganz aufgeregt, wenn Menschen Zahlen anschauen, vor allem bei 1, 38 und 64.

➜ **Internet:** www.jneurosci.org/content/33/16/6709.abstract

ZAHL

1

EU-Projekt

Was tun für Studenten mit Beeinträchtigung?

Leipzig Studierende mit körperlicher und psychischer Behinderung sowie chronischer Krankheit haben besondere Bedürfnisse: zum Beispiel brauchen sie barrierefreie Zugänge, spezielle Prüfungsbedingungen oder auch zusätzliche finanzielle Unterstützung. Über die Bedürfnisse dieser Studierenden gibt es bisher in Europa und auch in Deutschland zu wenige Informationen. Das Forschungsprojekt „European Action on disabilities within Higher Education" (EADHE) soll das ändern. Wissenschaftler von sechs europäischen Hochschulen, darunter die Universität Leipzig, wollen Empfehlungen für europäische Hochschulen zum Umgang mit Studierenden mit Beeinträchtigungen geben.

Gefördert wird das Projekt mit knapp 500 000 Euro aus dem EU-Programm für lebenslanges Lernen. Unter der Leitung von Prof. Dr. Barbara Drinck vom Lehrstuhl für Schulpädagogik und Schulentwicklungsforschung der Uni Leipzig werden Leipziger Studierende mit Beeinträchtigung online befragt. Anschließend werden qualitative Interviews mit akademischen und nichtakademischen Mitarbeitern der Universität sowie von lokalen Regierungen und anderen Projektpartnern geführt. Die Erhebung findet zeitgleich an den Partneruniversitäten in Bologna, Gent, Aarhus, Coimbra und Göteborg statt.

Bis September 2014 sollen grundlegende Strukturen für ein Studium mit Beeinträchtigungen entwickelt werden. Es sollen einerseits vorbildliche Praxisbeispiele sichtbar gemacht werden, an denen sich letztlich alle interessierten Hochschulen ein Beispiel nehmen können. Andererseits wollen die Forscher aufzeigen, wo Handlungsbedarf besteht. Schließlich soll ein europaweites Netzwerk entstehen, das den transnationalen Austausch von Wissenschaft und Praxis in diesem Themenfeld fördert. tb

➜ **Kontakt:** www.erzwiss.uni-leipzig.de/forschung/forschungsprojekte?view=proforschungsprojekt&id=92

Open Data

Aus dem EU-Projekt Code soll ein Marktplatz für Forscherdaten entstehen

Wissen wir eigentlich, was wir alles wissen? Um die Flut wissenschaftlicher Daten zu strukturieren und weiter zu nutzen, entwickeln Forscher im EU-Projekt Code spezielle Computer-Verfahren. Die Vision: ein Marktplatz für Forscherdaten.

Passau Täglich machen Forscher neue Entdeckungen, entwickeln neue Medikamente oder effizientere Kommunikationstechnologien. „Das führt aber dazu, dass die exponentiell anwachsende Menge wissenschaftlicher Literatur kaum mehr zu bewältigen ist und es eine Herausforderung darstellt, neueste Erkenntnisse der Forschung effizient zu nutzen", sagt Medieninformatiker Dr. Michael Granitzer. Er ist Professor an der Universität Passau und leitet das Forschungsprojekt Code.

Code steht für Commercially Empowered Linked Open Data Ecosystems in Research und bedeutet soviel wie kommerziell nutzbare, vernetzte und offen zugängliche sogenannte Daten-Ökosysteme in der Forschung. Ziel des Projektes, das von der EU mit rund 2,4 Millionen Euro mitfinanziert wird, ist es, Fakten aus über 40 Millionen Forschungspublikationen zu extrahieren, zu visualisieren und mit bestehendem Wissen im weltweiten Netz zu verknüpfen. „Dies soll Wissenschaftlern weltweit ermöglichen, neue Erkenntnisse zu gewinnen und diese mit Kolleginnen und Kollegen zu teilen", sagt Granitzer. So wäre es beispielsweise möglich, pharmazeutische Studien zu vergleichen, Forschungstrends zu visualisieren oder widersprüchliche Erkenntnisse in Einklang zu bringen.

Das Projekt-Konsortium setzt sich neben Forschern der Universität Passau auch aus Mitgliedern des Kompetenzzentrums für Wissensmanagement, dem Know-Center in Graz, zusammen. Partner sind auch die Internet-Startup-Firmen Mendeley aus Großbritannien und MeisterLabs aus Deutschland, die die großen Datenmengen bereitstellen.

Bis 2014 läuft das Projekt. Bis dahin werden Computer-Verfahren entwickelt, die das sogenannte Crowdsourcing ermöglichen, das heißt, Fakten aus wissenschaftlichen Publikationen extrahieren. Anschließend werden diese Daten an der Uni Passau in die Linked Data Cloud, eine offene Datenbank als Teil des World Wide Web, eingespeist und schließlich auf einer Plattform in Form von Mind-Maps organisiert und visualisiert. „Wenn die Technologie ausgereift ist, wird sich ein Marktplatz rund um Forschungsdaten etablieren", sagt Michael Granitzer. tb

➜ **Internet:** http://code-research.eu

Kontakt

Prof. Dr. Michael Granitzer
Professur für Medieninformatik
an der Universität Passau
Tel.: 0851/509-3305
E-Mail:
Michael.Granitzer@uni-passau.de

Foto: privat

Medieninformatiker Michael Granitzer von der Uni Passau leitet das EU-Projekt Code, das wissenschaftliche Daten vernetzen soll.

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

Den Nutzen von Forschung öffentlich zu präsentieren, ist in Großbritannien eine Selbstverständlichkeit. Einerseits dient das der Rechtfertigung der Wissenschaftler gegenüber den Steuerzahlern. Andererseits bringt es Erkenntnisgewinn.

Foto: Uwe Steinert

Sophie Duncan

von Benjamin Haerdle

Offene Wissenschaft

Warum Hochschulen in Großbritannien eine Brücke zur Gesellschaft bauen

Bristol / Berlin Forschungsergebnisse lassen sich durchaus in einem Comedy-Club präsentieren. Auch in einem öffentlichen Wettbewerb, in dem es darum geht, möglichst schnell Tier- und Pflanzenarten in einer Region nachzuweisen, kann Wissenschaft anschaulich werden. Das gilt zumindest in Großbritannien. Wenn Forscher dort der Öffentlichkeit die Bedeutung ihrer Arbeit zeigen wollen, sind ihrer Kreativität an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen kaum Grenzen gesetzt. Mehr als 115 Beispiele finden sich allein auf der Internetseite der in Bristol angesiedelten Koordinationsstelle NCCPE (National Co-Ordinating Centre for Public Engagement).

Großbritannien gilt als einer der Vorreiter auf diesem Gebiet. Eine der Initialzündungen dafür war das im vorigen Jahr abgeschlossene staatliche Projekt Beacons for Public Engagement. In sechs Regionen des Landes sollte es beispielhaft deutlich machen, wie Wissenschaft einen Weg in die Öffentlichkeit findet. Auch das NCCPE ist auf diesem Weg entstanden. Ende April hat Sophie Duncan, stellvertretende NCCPE-Direktorin, es auf einer Tagung des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft in Berlin vorgestellt.

„Die Hochschulen haben erkannt, dass sie die Qualität von Forschung und Lehre verbessern können, wenn sie ihre Arbeit in der Öffentlichkeit einer Kontrolle unterziehen“, sagt Duncan zur Motivation der Wissenschaftler, diese Aufgabe zu übernehmen. So könnten sie sehen, ob es gesellschaftlich relevant ist, was sie machen. Hochschulen seien zudem dazu bereit, Verantwortung zu zeigen: „Da sie staatlich finanziert werden, sehen sie sich in der Pflicht, ihr Wissen auch zum Nutzen der Gesellschaft aufzubereiten.“

Nachgeholfen hat aber auch der Druck aus der Politik und von privaten Forschungsförderern: „Wer Anträge für Fördergelder stellt, muss erklären, welchen Nutzen die Forschungsarbeit für die Gesellschaft hat”, sagt Duncan. Hinzu kommt, dass die Hochschulen seit 2012 für den Globalhaushalt, den ihnen das UK Higher Education Funding Council überweist, im Rahmen des Evaluationssystems REF (Research Excellence Framework) erstmals nachweisen müssen, was die Forschung für die Gesellschaft bedeutet.

Eines der zentralen Ergebnisse des Beacon-Projekts war das Bewertungswerkzeug Edge Tool. „Die Hochschulen können damit anhand von neun Kriterien einschätzen, wo ihre Stärken und Schwächen auf diesem Gebiet liegen“, erklärt Duncan. Warum will sich die Hochschule engagieren? Wie werden die Veranstaltungen finanziert? Welche Wissenschaftler und Mitarbeiter machen mit? Die Antworten sollen den Hochschulen den Schritt erleichtern, ihre Forschungsarbeiten in der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Kontakt

Sophie Duncan
National Co-Ordinating Centre for Public Engagement
Telefon: +44 (0) 117 9150 165
E-Mail: lisa.adlington@uwe.ac.uk
Internet: www.publicengagement.ac.uk

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

Foto: privat

Stefan Winkler-Nees ist Referent der Abteilung Informationssysteme bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Karriere

Forscherinnen mit Kindern helfen weiter

München Sei es das Management von Projekten, die Beratung auf Fachgebieten, die Organisation einer Konferenz oder das Schreiben von Forschungsanträgen – die ScienceMums wollen ihren Auftraggebern als Alleskönner helfen. ScienceMums nennt sich ein Unternehmen, das Universitäten, Forschungseinrichtungen oder Wirtschaftsunternehmen bei der Umsetzung von Projekten insbesondere in der Chemie oder der Biotechnologie unter die Arme greift – gegen Honorar versteht sich. Das Besondere an der Münchener Firma: Sie bietet überwiegend das Know-how von Wissenschaftlerinnen an. Zumeist sind dies promovierte Frauen mit kleinen Kindern und Seniorinnen ab 50 Jahren. Sie werden für einzelne Projekte oder eine Festanstellung vermittelt. „Diese Personengruppen sind hoch motiviert“, erklärt Dr. Karin Bodewits, Mit-Geschäftsführerin der Firma. Da die Mütter den Alltag ihrer Kinder stemmten, seien sie auch beruflich gut organisiert und würden schnell und zuverlässig arbeiten.

Mit seiner Geschäftsidee will ScienceMums aber auch jungen Wissenschaftlerinnen den Wiedereinstieg ins Berufsleben ermöglichen. „Viele sehen nach der Geburt ihrer Kinder wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt“, sagt die Biochemikerin Bodewits, die nach der Geburt ihres ersten Kindes eine Stelle als Projektkoordinatorin an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München kündigte. Die meisten Arbeitgeber sähen in den Müttern als Arbeitnehmer eher die Risiken als die Chancen. Erste Erfolge kann das im Dezember gegründete Start-up schon vorweisen: Die LMU München hat die ScienceMums für einen ersten Workshop gebucht. hbj

Kontakt

Dr. Karin Bodewits
ScienceMums
Telefon: 089/99016 971
E-Mail: info@sciencemums.de
Internet: www.sciencemums.de

Forschungsdaten

Eine Kultur des Teilens sollte schon in der Ausbildung einen festen Platz haben

Forschungsdaten zu teilen, sollte für Wissenschaftler gängige Praxis werden, meint Dr. Stefan Winkler-Nees, Experte für Informationssysteme bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Noch ist das Zukunftsmusik.

Bonn Daten erhebt jeder Wissenschaftler. Doch oft landen sie auf der Festplatte irgendeines Computers und geraten in Vergessenheit. Für Dr. Stefan Winkler-Nees ist das ein Missstand. „Forschungsdaten bieten immer das Potenzial, neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu liefern“, sagt der Referent der Abteilung wissenschaftliche Literaturversorgungs- und Informationssysteme bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Seit langem hätten das beispielsweise Klima- und Meeresforscher sowie Astronomen erkannt. Das aber seien Ausnahmen. Insgesamt, sagt Winkler-Nees, werde das Potenzial in Deutschland bislang noch nicht ausreichend erkannt – weder von den Institutionen noch von den Forschenden.

Um das Teilen von Forschungsdaten in der Wissenschaft populärer zu machen, hat das internationale Kompetenznetzwerk Knowledge Exchange, an dem auch die DFG beteiligt ist, Vertreter aus Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Förderorganisationen Mitte April zu einem Workshop eingeladen. Gezeigt hat sich dort vor allem, dass noch vieles am Anfang steht. Zwar, sagt Winkler-Nees, sei klar, dass für das Teilen von Daten Anreize geschaffen werden müssten. Offen sei aber noch, wie eine Bewertung dieser Leistung konkret aussehen könnte. „Eine traditionelle Methode des Messens von Leistung wie etwa ein Zitationsindex ist nicht übertragbar auf das Teilen von Daten“, sagt Winkler-Nees. Auch die Einstellung der Wissenschaftler sollte sich wandeln. „Notwendig ist eine Kultur des Teilens, die zugleich die Leistung des Teilenden würdigt”, meint er.

Dieser Wandel könnte schon in der Ausbildung eingeläutet werden. „Hochschulen sollten Promovierenden und Postdocs eine Kultur des Teilens von Forschungsdaten als Teil der wissenschaftlichen Arbeit vermitteln“, empfiehlt Winkler-Nees. Auch die Förderorganisationen könnten ihren Anteil dazu beitragen. Als Vorbild sieht Winkler-Nees Großbritannien. Dort hat die britische Förderstiftung Wellcome Trust seit einigen Jahren eine Vereinbarung mit medizinischen Förderorganisationen getroffen, das Teilen von Forschungsdaten einzufordern. „Stellen Wissenschaftler nach Projektende ihre Daten zur Nachnutzung bereit, fließt das auch in die Bewertung der Anträge“, sagt Winkler-Nees.

Damit Wissenschaftler ihre Daten überhaupt zur Verfügung stellen können, ist hierzulande erst einmal die notwendige technische Infrastruktur nötig, um die Informationen überhaupt sammeln zu können. „Es fehlen noch Datenrepositorien, wo die Daten langfristig gespeichert und gepflegt werden”, sagt der DFG-Experte. Zudem gebe es kaum ausgebildetes Personal an den Hochschulen, das den Wissenschaftlern beim Datenmanagement helfen könne. Diese Aufgabe könnten in Zukunft Bibliotheken und Rechenzentren der Hochschulen übernehmen. Deren Mitarbeiter wüssten am besten, wie Informationen verwaltet und zugänglich gemacht werden könnten.

Um diese Dienstleistung möglich zu machen, hat die DFG Ende März das neue Förderprogramm Informationsinfrastrukturen für Forschungsdaten aufgelegt (www.dfg.de/lis/forschungsdaten). Dabei werden Konzepte gefördert, mit denen sich in einer Wissenschaftsdisziplin Daten speichern und aufbereiten lassen, damit die Wissenschaftler weiterarbeiten können. hbj

Kontakt

Dr. Stefan Winkler-Nees
Deutsche Forschungsgemeinschaft
Telefon: 0228/885-2212
Mail: stefan.winkler-nees@dfg.de
Internet: www.dfg.de

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

KENNEN

In der Pollenflugzeit haben es Allergiker schwer. Birke, Eibe, Akazie – so ziemlich alles fliegt im Mai durch die Luft. Das Helmholtz-Zentrum München will mit der App „e-symptoms“ Allergiker zu einer Studie versammeln. Ziel ist eine bessere Vorhersage von Symptomen.

Foto: colourbox.com

➜ **Link zur App: www.ck-care.ch/index.php?id=4984&**

52 Wissenschaftsakademien gehören dem europaweiten Verband Allea an. Ende April fand dessen Jahrestreffen in Berlin statt. Dort wurde klar: Die Digitalisierung der Geisteswissenschaften ist das große Zukunftsthema.

Generalversammlung der Allea

Wie die Akademien das kulturelle und soziale Erbe der Nationen retten wollen

Berlin Wissenschaftsakademien sind vertrauenswürdige und exzellente Einrichtungen mit langer Tradition, sagt Dr. Sandra Collins. Das prädestiniere sie in besonderer Weise dafür, sich Gedanken über die Zukunft der Wissenschaft zu machen. Als Vorsitzende der Arbeitsgruppe Digitalisierung der Geisteswissenschaften im europäischen Akademienverband Allea (All European Academies) hatte Collins deshalb Ende April nach Berlin eingeladen. Im Rahmen der jährlichen Generalversammlung wurde dort in einem Symposium mit internationalen Experten der Umgang mit großen Datenmengen diskutiert. „Geistes- und Sozialwissenschaften kommt eine besondere Verantwortung zu, denn sie bewahren das kulturelle und soziale Erbe der Nationen für die Zukunft auf“, sagt Collins, die Mitglied der Royal Irish Academy ist.

Doch noch sind die Geistes- und Sozialwissenschaften mit der Aufgabe, wie digitale Forschungsdaten für künftige Generationen erhalten werden können, nicht weit vorangeschritten. „Wir Wissenschaftler haben zwar gelernt, die Daten als Arbeitsinstrument zu digitalisieren, aber wir haben noch nicht gelernt, nach ähnlichen Kriterien und Methoden vorzugehen“, sagt Prof. Dr. Günter Stock, Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW). Seit dem vorigen Jahr ist er auch Allea-Präsident. Um die Digitalisierung der Daten so einfach wie möglich zu gestalten und zu vereinheitlichen, brauche man nationale und internationale Standards. „Wir müssen so sicherstellen, dass wir sie auch noch in 200 Jahren lesen und mit ihnen arbeiten können“, sagt Stock (s. auch Interview rechts). Zudem fehle die Infrastruktur, um die gewaltigen Datenmengen vor allem in den Geisteswissenschaften speichern zu können.

Die Software und die Technologie dafür, um beispielsweise historische Schriften, alte Gemälde oder Geschichtssammlungen in digitale Formate zu verwandeln, ist vorhanden – das zeigte sich auf dem Berliner Allea-Symposium. Für Collins ist das Digitalisieren aber nur ein erster Schritt: „Die Geisteswissenschaftler müssen sich an den Umgang mit elektronischen Daten erst noch gewöhnen.“ Dazu zähle zum Beispiel, dass sie lernen müssten, ihre Datenmengen aus der Forschung mit Kollegen zu teilen. Davon profitiere die Wissenschaft insgesamt. „Teilen sie Forschungsmaterial mit anderen Wissenschaftlern, bekommen sie mehr Ideen, wie sie die Daten interpretieren können“, meint Collins, die als Direktorin zudem das Forschungskonsortium DRI (Digital Repository of Ireland) leitet, an dem man das kulturelle und geschichtliche Erbe Irlands in digitalisierter Form konservieren will. Darüber hinaus brauche man für die Digitalisierung der Forschungsdaten stärkere finanzielle Unterstützung von der EU: „Es gibt zu wenige Förderprogramme, da herrscht großer Nachholbedarf“, sagt sie.

> *„Die Stimme von Allea findet Gehör, weil unser Rat frei von Lobbyinteressen ist.“*

Von Berlin aus will Allea das Thema der sogenannten E-Humanities deshalb auf die europäische Bühne hieven. Erste Gespräche etwa mit der für die digitale Agenda zuständigen EU-Kommissarin Neelie Kroes hat es bereits gegeben. Auch mit mehreren Generaldirektionen sowie Netzwerken wurde und wird gesprochen – etwa der digitalen Forschungsinfrastruktur Dariah, die europaweit den dauerhaften Zugriff auf alle digitalen Forschungsdaten aus den Kunst- und Geisteswissenschaften sowie deren Nutzung ermöglichen will. Zugutekommen könnte

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

Foto: BBAW

Günter Stock ist Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und Allea-Chef.

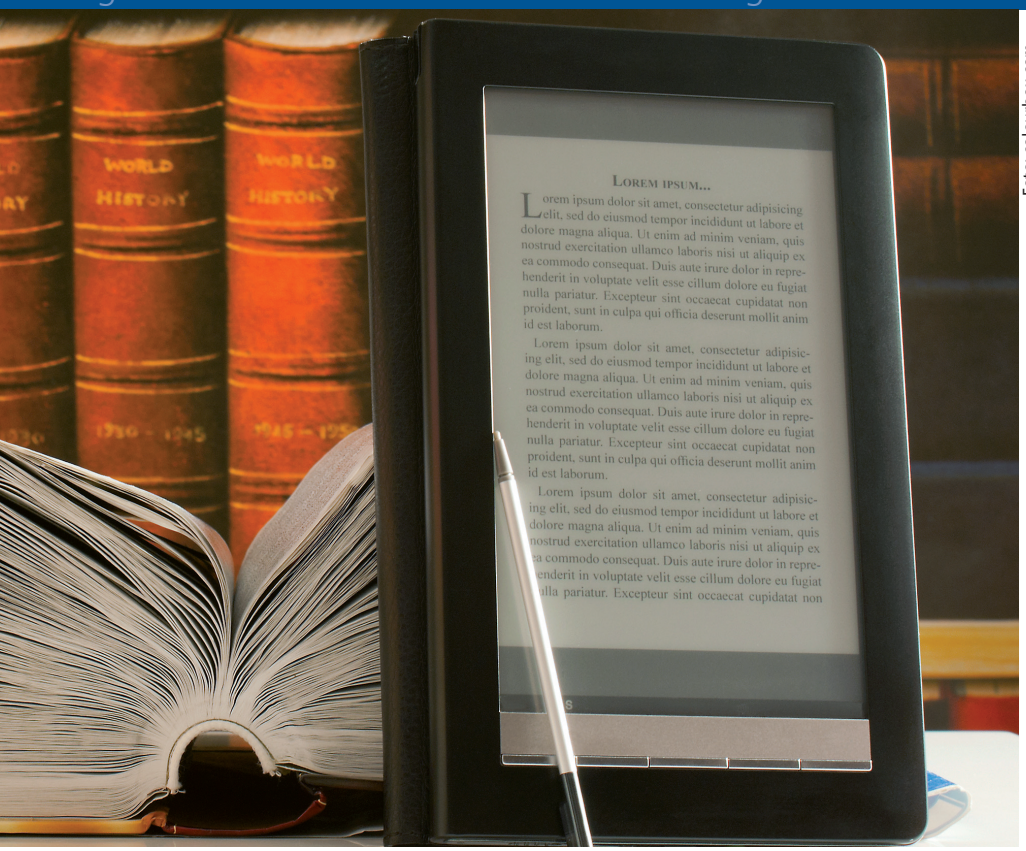


Foto: colourbox.com

Die Digitalisierung der Geistes- und Sozialwissenschaften will Allea künftig auf europäischer Ebene stärker vorantreiben.

Allea dabei, dass die Anregung, einen europäischen Akademienverband zu gründen, einst auch aus den Reihen der EU-Kommission kam. Im Jahr 1994 gegründet, sind Allea mittlerweile 52 nationale Akademien beigetreten. Zu ihnen zählen in Deutschland neben der BBAW, der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina und der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften noch sieben weitere Einrichtungen – etwa die Bayerische Akademie der Wissenschaften oder die Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig.

Allea will nicht nur die Kooperation unter den Akademien in Europa vorantreiben. Der Dachverband will sich auch als Ratgeber für die Politik zu aktuellen wissenschaftspolitischen Themen einbringen. Die Expertise ihrer rund 10 000 Wissenschaftler schöpft er beispielsweise über zwei ständige Arbeitsgruppen zu den Themen Wissenschaft und Ethik sowie Patentrecht ab. Hinzu kommen temporäre Arbeitsgruppen zum Thema Bildung, zur Stärkung der Geistes- und Sozialwissenschaften sowie seit Ende 2012 zu den E-Humanities. Münden soll deren Arbeit in Stellungnahmen zu aktuellen Themen wie Stammzellenforschung, europäischer Forschungsraum oder der Frage, wie die Geistes- und Sozialwissenschaften stärker im EU-Forschungsrahmenprogramm Horizont 2020 verankert werden.

„Die Stimme von Allea findet im politischen Brüssel Gehör, weil man weiß, dass unser Rat nicht nur wissenschaftlich fundiert, sondern auch frei von Lobbyinteressen ist", hat Stock beobachtet. Doch nicht alles glücke. Während der Brief von Allea an die EU-Regierungschefs, mehr Geld in Horizont 2020 zu stecken, durchaus Gehör gefunden hätte, sei beispielsweise untergegangen, dass Allea im Jahr 2011 einen Verhaltenskodex zur Integrität von Wissenschaftlern vorlegte – ein damals wie heute aktuelles Thema.

➜ **Internet: www.allea.org**

Benjamin Haerdle
ist Journalist in Leipzig.

Forschungsförderung

„Europa ist ein geistiger Raum"

Prof. Dr. Günter Stock, Präsident des Akademienverbunds Allea, sieht die Geistes- und Sozialwissenschaften im neuen EU-Forschungsrahmenprogramm gestärkt.

duz *Herr Prof. Stock, derzeit wird in Brüssel über die künftige Forschungsförderung der EU verhandelt. Sehen Sie Ihre Erwartungen berücksichtigt?*

Stock Zentrales Anliegen war für uns, dass die Geistes- und Sozialwissenschaften im neuen EU-Forschungsrahmenprogramm Horizont 2020 stärker gefördert werden als bislang. Das ist uns gelungen: Eines der Programme, der sogenannten gesellschaftlichen Herausforderungen, greift explizit deren Perspektiven auf. Im ersten Entwurf von Horizont 2020 waren die Sozial- und Geisteswissenschaften noch eher als Hilfsfunktion und Ratgeber für den naturwissenschaftlichen Fortschritt gedacht. Dabei entwerfen sie eigenständige Fragestellungen und Problemlösungen. Europa ist in erster Linie ein geistiger, erst dann ein ökonomischer Raum. Dieser Ansatz fehlte.

duz *Sind Sie jetzt zufrieden?*

Stock Ja, denn es war sehr schwer, in die Technikorientierung von Horizont 2020 ein eigenes Programm hineinzubekommen. Dabei sind Migration, Bildung und Erziehung oder Multireligiosität zentrale europäische Themen. Jetzt bildet Horizont 2020 die Gesamtheit der Wissenschaften ab.

duz *Wird bei den Geisteswissenschaften gekürzt, falls es in den Verhandlungen über das neue EU-Budget weniger Geld für Horizont 2020 gibt?*

Stock Zuerst einmal glaube ich, dass die Projekte für die Geistes- und Sozialwissenschaften nicht wieder gestrichen werden. Sollte Horizont 2020 weniger Geld bekommen als geplant, müssen wir darauf achten, dass die Projekte entsprechend ausfinanziert und umsetzbar bleiben. hbj

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

Foto: World Economic Forum

Helga Nowotny ist die Präsidentin des Forschungsrats.

Europäischer Forschungsrat

Programm für Synergy Grants wird ausgesetzt

Brüssel Der Europäische Forschungsrat ERC (European Research Council) schreibt 2013 und 2014 keine Synergy Grants aus. Mit diesen Stipendien werden interdisziplinäre Forschungen gefördert. Dr. Thomas König, wissenschaftlicher Mitarbeiter von ERC-Präsidentin Prof. Dr. Helga Nowotny, begründet dies Ende April gegenüber der duz: „Der Synergy Grant war von Anfang an als Experiment aufgesetzt." Das ERC Scientific Council werde erst nach dem Abschluss der zweiten Ausschreibungsrunde entscheiden, ob, mit welcher Dotierung und in welchen Intervallen der Synergy Grant weitergeführt werde. Zudem müsse das exakte Budget des ERC für die kommenden sieben Jahre im Forschungsrahmenprogramm Horizont 2020 abgewartet werden. Das Scientific Council habe daher beschlossen, für 2014 die Programme Starting Grants, Consolidator Grants und Advanced Grants aufzulegen. „Wenn die zweijährige Testphase der Synergy Grants Ende 2013 positiv ausfällt, dann wird es diesen Grant wohl auch 2015 wieder geben", sagte König. ce

➜ **Internet:** http://erc.europa.eu

Regierungsbildung in Italien

Maria Chiara Carrozza ist neue Bildungsministerin

Rom Prof. Dr. Maria Chiara Carrozza ist die neue italienische Ministerin für Bildung, Universitäten und Forschung. Sie wird das Amt in der Koalitionsregierung innehaben, die Ministerpräsident Enrico Letta Ende April vorstellte. Die 1965 geborene Physikerin leitete bis zu ihrer Wahl als Abgeordnete für die Demokratische Partei die Elite-Hochschule Scuola Superiore Sant'Anna in Pisa. Sie kritisiert die Vetternwirtschaft bei der Amtsvergabe von leitenden Funktionen an wissenschaftlichen Einrichtungen. „Wir müssen den Forschern und wissenschaftlichen Mitarbeitern wieder die Hoffnung zurückgeben, dass es sich lohnt, leistungsorientiert zu arbeiten", sagte sie. Carrozza lehnt Ausgabenkürzungen im Forschungssektor ab: „Wissenschaft ist eine der Hoffnungen des Landes." ce

➜ **Internet:** http: www.istruzione.it

Hochschulkürzungen

Unis im Osten leiden

Magdeburg Nach der Entlassung der Wissenschaftsministerin Birgitta Wolff in Sachsen-Anhalt Mitte April wächst nicht nur an den Hochschulen in diesem ostdeutschen Bundesland die Angst vor einem Sparkurs der Regierung. Auch Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern klagen über enorme Personal- und Energiekosten. Die jährlichen Zuwächse für den Hochschuletat von 1,5 Prozent reichten nicht aus, um die Kosten annähernd zu decken. Für 2014 beziffert etwa die Uni Rostock einen Mehrbedarf von 8,5 Millionen Euro, die Uni Greifswald von 6,8 Millionen Euro. In Brandenburg heißt es in einem offenen Brief der Hochschulen an die Regierung, die „finanzielle Lage sei dramatisch". Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff plant, den Hochschulen ab 2015 fünf Millionen Euro pro Jahr weniger zu überweisen. Insgesamt könnte der jährliche Zuschuss bis zum Jahr 2025 von 630 auf 580 Millionen Euro zurückgehen. „Wir sind das Land, das derzeit am meisten pro Einwohner ausgibt", verteidigte er die Pläne Ende April im Landtag. hbj

Ministerkritik

Liwanows Stuhl wackelt

Moskau Die Zukunft des russischen Wissenschaftsministers Prof. Dr. Dmitri Liwanow ist ungewiss. Die Staatsduma und der Russische Studentenbund fordern seinen Rücktritt. Regierungschef Dmitri Medwedew nahm Liwanow Mitte April jedoch in Schutz. Der Minister brauche nicht allen zu gefallen. Die Rektoren hegen Groll gegen Liwanow, weil der eine Liste ineffektiver Universitäten erstellt hat, die geschlossen werden sollten. Auch die Akademie der Wissenschaften habe im 21. Jahrhundert keine Zukunft, sagte der Bildungsminister. Präsident Dr. Wladimir Putin sprach sich bei der öffentlichen Fragestunde Ende April gegen Ministerrücktritte aus. ce

➜ **Internet:** http://eng.mon.gov.ru

Ausländische Studenten

Stipendien für China

New York Der US-Unternehmer Stephen A. Schwarzman spendet rund 77 Millionen Euro für ein Stipendienprogramm in China. Wie Ende April bekannt wurde, sollen durch eine Fundraising-Aktion weitere 154 Millionen Euro hinzukommen. Das Programm wird an der Tsinghua-Uni in Peking aufgebaut. Dort sollen jährlich 200 Studierende für einen Master-Studiengang in den Fächern Public Policy, Internationale Beziehungen, Wirtschaft und Ingenieurwissenschaften gefördert werden. Die Stipendien richten sich vor allem an Studierende aus den USA. Allerdings können sich auch Studenten aus Europa bewerben. ce

➜ **Internet:** http://schwarzmanscholars.org

Forschungsausgaben

USA erhöhen Etat

Washington Die USA planen in ihrem Haushalt für 2014, die Forschungsausgaben zu erhöhen. Mitte April stellte US-Präsident Barack Obama Pläne vor, nach denen rund 25,4 Milliarden Euro in die Grundlagenforschung fließen sollen. Das ist eine Steigerung um vier Prozent gegenüber 2012. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sollen um 1,3 Prozent auf 110 Milliarden Euro steigen. Der Haushalt für dieses Jahr wird aufgrund der seit dem 1. März greifenden massiven Ausgabenkürzungen derzeit noch neu berechnet. Auf die Gehälter der Dozenten dürfte das keine Auswirkungen haben. Nach einem Anfang April vorgestellten Bericht der US-Professorenvereinigung AAUP (American Association of University Professors) verdienen Dozenten an öffentlichen Colleges im Schnitt 15 000 Euro weniger pro Jahr als ihre Kollegen an privaten Einrichtungen. ce

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

Moderater Lärm fördert kreatives Arbeiten. Das sind rund 70 Dezibel oder die Lautstärke in einem Café. Eine normale Unterhaltung mit rund 50 Dezibel macht nicht so erfinderisch. Fordern Sie also Ihre Kollegen auf, bitte etwas lauter zu reden, wenn Ihnen gerade nichts einfällt.

Foto: colourbox.com

➜ **Internet:** www.jstor.org/stable/10.1086/665048

SPRECHEN

Promotionsverfahren

Bessere Betreuung für Doktoranden

Stuttgart Ein kollegial besetztes Hochschulorgan und nicht wie bisher ein einzelner Professor soll in Baden-Württemberg künftig über die Annahme eines Kandidaten zur Promotion entscheiden. Das steht in einem Eckpunktepapier zur Qualitätssicherung des Promotionsverfahrens, das Wissenschaftsministerin Theresia Bauer Mitte April veröffentlichte. Zudem soll eine Vereinbarung zwischen Professor und Promovenden künftig Mindeststandards der Betreuung festlegen. Dazu zählt etwa die Intensität der Betreuung. Den Entwurf zur Novelle des Landeshochschulgesetzes will die grün-rote Landesregierung noch vor der Sommerpause präsentieren. hbj

Autonomiebemühungen

Schlechte Noten vergeben

Paris Die im Jahr 2007 eingeleitete Reform der französischen Hochschulen hat zwar eine neue Dynamik geschaffen, viele Ziele aber nicht erreicht. Zu diesem Ergebnis kommt ein Bericht, den der Senat Frankreichs Ende März veröffentlichte. Die Mehrausgaben durch die Selbstverwaltung des Budgets seien nicht kompensiert und die Unis bei der Neuorganisation nicht genügend unterstützt worden. Zudem sei das Studienangebot unübersichtlich geworden, kritisiert das Oberhaus des französischen Parlaments. Den Hochschulen sei es nicht gelungen, neue Finanzierungsmittel zu finden und Verbindungen zur Wirtschaft herzustellen (siehe Presseschau, S.15, und duz MAGAZIN 05/2013, S. 28f.). ce

➜ **Internet:** www.senat.fr

Regierungspläne

Staat streicht Hochschulen das Budget zusammen

Canberra Die australische Regierung hat Mitte April erhebliche Kürzungen für die Hochschulen angekündigt. In den kommenden zwei Jahren erhalten sie rund 700 Millionen Euro staatliche Mittel weniger. Zudem werden zwischen 2014 und 2017 weitere 1,1 Milliarden Euro gekürzt, indem Darlehen statt Stipendien an Studenten vergeben werden. Ferner gibt es bei Rückzahlung der Darlehen keine Rabatte mehr. Prof. Dr. Glyn Davis, Chef des Hochschulverbandes Universities Australia, erklärte, dass der Forschungsetat bereits Ende 2012 um 800 Millionen Euro gekürzt wurde. Die jüngste Kürzung sei eine ernste Belastung, sagte er. ce

➜ **Internet:** www.universitiesaustralia.edu.au

Frauen in der Forschung

EU-Kommissarin hält an 40 Prozent-Ziel fest

Brüssel An Hochschulen und Forschungseinrichtungen in der EU sind laut einem Anfang April veröffentlichten Bericht der EU-Kommission nur 33 Prozent der Forscher und 20 Prozent der ordentlichen Professoren Frauen. Die für Forschung, Innovation und Wissenschaft zuständige EU-Kommissarin Máire Geoghegan-Quinn zeigte sich enttäuscht. „Wir haben bereits im aktuellen Forschungsrahmenprogramm das Ziel, dass 40 Prozent des unterrepräsentierten Geschlechts in allen Expertengruppen, Bewertungsgremien und Komitees vertreten sind“, sagte sie der duz. Das werde man auch unter Horizont 2020 beibehalten. In dem neuen EU-Forschungsrahmenprogramm werde erstmals in der europäischen Forschungsgeschichte die Gleichstellung zwischen Mann und Frau ausdrücklich als übergreifendes Ziel festgehalten. „Ebenso wichtig ist, dass wir über den Europäischen Forschungsraum daran arbeiten, ähnliche Ziele auf Länderebene einzuführen“, sagte die Kommissarin. ce

➜ **Internet:** http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/geoghegan-quinn/index_en.htm

Berichtigung

Berlin Udo Michallik war Staatssekretär in Mecklenburg-Vorpommern, bevor er 2011 zum Generalsekretär der Kultusministerkonferenz gewählt wurde. In der duz EUROPA 03/2013 war er fälschlicherweise als ehemaliger Staatssekretär in Thüringen bezeichnet worden.

Zukunft des Wissenschaftssystems

Wissenschaftsrat berät Empfehlung

Bonn Der Entwurf der Arbeitsgruppe „Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems“ ist auf der Frühjahrssitzung des Wissenschaftsrats (WR) Ende April in Würzburg kritisch und kontrovers diskutiert worden. Das teilte der WR im Anschluss mit. Das Papier, welches das Expertengremium im Juli verabschieden möchte, soll aufzeigen, wie die Hochschulen nach dem Auslaufen der Exzellenzinitiative weiter gefördert werden sollen. Verärgert reagierte der WR-Vorsitzende Prof. Dr. Wolfgang Marquardt, weil das vertrauliche Papier vorab in einigen Medien kursierte. So hat laut Deutscher Presseagentur die Arbeitsgruppe in einem ersten Entwurf vorgeschlagen, die Förderung der Graduiertenschulen in der Exzellenzinitiative auslaufen zu lassen und diese in die Deutsche Forschungsgemeinschaft zu überführen. Erhalten bleiben solle die Förderlinie Zukunftskonzepte. Anträge sollten dafür aber auch die Fachhochschulen stellen können. Die Exzellenzcluster sollten modifiziert fortgesetzt werden. Ablehnend stehe der WR Bundesuniversitäten gegenüber. Lobend äußerte sich das Gremium auf seinem Treffen zum Nationalen Bildungspanel (NEPS), das Daten von 100 000 Menschen zum Bildungsverlauf sammelt. Das NEPS solle als außeruniversitäre Forschungseinrichtung in die Leibniz-Gemeinschaft aufgenommen werden. Empfohlen hat der WR zudem neun Forschungsbauten an Hochschulen mit einer Gesamt-Investitionssumme von 290 Millionen Euro. hbj

➜ **Internet:** www.wissenschaftsrat.de

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

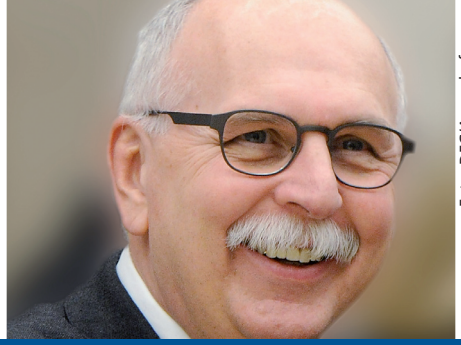


Foto: DFG/Ausserhofer

Matthias Kleiner könnte ab 2014 an der Spitze der Leibniz-Gemeinschaft stehen.

Visa-Politik

Schweiz erschwert Zugang für internationale Forscher

Bern Die Schweizer Regierung hat Ende April beschlossen, die Zuwanderung von Arbeitskräften aus den 17 alten EU-Mitgliedsstaaten zu begrenzen. „Für die Hochschulen ist der internationale Forscheraustausch sehr wichtig, deshalb ist das keine gute Sache", sagte Dr. Raymond Werlen, Generalsekretär der Schweizerischen Rektorenkonferenz. Noch sei es zu früh, zu beurteilen, welche Auswirkungen dies haben werde. „Es ist aber nicht auszuschließen, dass es zu einem erhöhten bürokratischen Aufwand bei der Visa-Beschaffung kommen wird", sagte Werlen. hbj

Verhaltenskodex

Gewerkschaft wehrt sich

Edinburgh Die Hochschulgewerkschaft UCU Scotland (University and College Union) kritisiert den Verhaltenskodex, der die Leitung schottischer Hochschulen verbessern soll. Der Kodex sei von Managern für Manager geschrieben worden, sagte UCU-Präsident Gordon Watson. Die schottische Regierung solle den Entwurf ablehnen. Der Kodex regelt auch die Bezahlung von Hochschulrektoren. Derweil wurde bekannt, dass laut einer Studie des Studentenverbands National Union of Students 88 Hochschulangestellte mehr verdienen als Schottlands Regierungschef Alex Salmond. ce

➜ **Internet:** www.ucu.org.uk/scotland

Hochschulranking

Harvard wie immer vorne

Ankara Beste deutsche Hochschule in dem Ende April veröffentlichten Hochschulranking URAP 2012 (University Ranking by Academic Performance) ist die Ludwig-Maximilians-Universität München auf Platz 45. Es siegte die Harvard Universität vor der Universität Toronto. hbj

➜ **Internet:** www.urapcenter.org/2012

Amtswechsel

Matthias Kleiner als Leibniz-Chef nominiert

Berlin Prof. Dr. Matthias Kleiner hat gute Aussichten, Präsident der Leibniz-Gemeinschaft zu werden. Wie die Organisation Ende April bekannt gab, habe das Präsidium den früheren Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft einstimmig für das Amt nominiert. Kleiner forscht derzeit am Institut für Umformtechnik und Leichtbau an der Technischen Universität Dortmund. Die Wahl für den Nachfolger von Prof. Dr. Karl Ulrich Mayer ist für Ende November geplant, die Amtsübergabe für Sommer 2014. hbj

Hochschulkürzungen

Studiengebühren steigen

Tel Aviv Bereits zum nächsten akademischen Jahr im Herbst will Israels Finanzministerium die Studiengebühren an den Hochschulen anheben. Dies wurde Anfang April nach einem Treffen zwischen dem Finanzministerium und Studentenvertretern bekannt. Israels Regierung will den Hochschulhaushalt für das Jahr 2014 um mehrere Millionen Euro kürzen, was Entlassungen und Fakultätsschließungen an den Hochschulen nach sich ziehen könnte. Der Bildungsetat soll insgesamt um 320 Millionen Euro gekürzt werden. ce

➜ **Internet:** www.nuis.co.il

Angewandte Forschung

Fraunhofer-Gesellschaft ist 2012 weiter gewachsen

München Um vier Prozent auf 1,9 Milliarden Euro ist das Finanzvolumen der Fraunhofer-Gesellschaft im Jahr 2012 gestiegen. Das teilte der Präsident, Prof. Dr. Reimund Neugebauer, Ende April auf der Ergebnispressekonferenz in München mit. Die Erträge aus Forschungsaufträgen aus der Privatwirtschaft hätten mit 453 Millionen Euro einen Höchststand erreicht. Auch die Zahl der Mitarbeiter ist gestiegen. Im vergangenen Jahr lag sie erstmals über 22 000. Die Organisation für angewandte Forschung hat 1700 Beschäftigte neu eingestellt. In diesem Jahr sollen weitere 1000 neue Stellen besetzt werden. rk

EU-Patent

Europäischer Gerichtshof weist Klage zurück

Luxemburg Spanien und Italien sind Mitte April mit einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) gescheitert, die Einführung des EU-Patents wegen der fehlenden Einstimmigkeit zu kippen. Die anderen EU-Mitgliedsstaaten hatten sich bereits im März 2011 dafür ausgesprochen, das EU-Patent einzuführen. Der EuGH erklärte, der Beschluss sei im Rahmen der „verstärkten Zusammenarbeit" getroffen worden. Die könne es auch bei Abstimmungen geben, die eigentlich Einstimmigkeit verlangten, diese aber nicht in einem bestimmten Zeitrahmen erzielt wurde. Da der Gesetzgebungsprozess bereits seit dem Jahr 2000 laufe, sei die „verstärkte Zusammenarbeit" das „letzte Mittel" gewesen. Die endgültige Entscheidung über das EU-Patent steht aber immer noch aus, weil Spanien gegen die „verstärkte Zusammenarbeit" noch zwei weitere Klagen eingereicht hat, über die noch nicht entschieden wurde.

EU-Patente sollen in Zukunft vom Europäischen Patentamt in München vergeben werden, das bereits die aktuell bestehenden europäischen Patente vergibt. Diese müssen erst in die Landessprachen der EU-Staaten übersetzt werden, bevor sie gültig sind. Um Kosten zu sparen, sollen die geplanten EU-Patente dagegen auch ohne Übersetzung greifen. Erwartet wird, dass die Regelungen zum EU-Patent 2014 in Kraft treten. Zuvor muss aber erst noch ein Gesetz über das Patentgericht aktiv werden, das auch Deutschland noch ratifizieren muss. ce

➜ **Internet:** http://curia.europa.eu

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

duz UNABHÄNGIGE DEUTSCHE UNIVERSITÄTSZEITUNG
EUROPA
Für Forscher und Wissenschaftsmanager

Impressum

69. Jahrgang
Gegründet 1945 als ‚Göttinger Universitätszeitung'.
Herausgeber:
Dr. Wolfgang Heuser, Tel.: 030 212987-29,
E-Mail: w.heuser@raabe.de
Redaktion:
Leitende Redakteurin: Christine Prußky (py),
Tel.: 030 212987-37, E-Mail: c.prussky@raabe.de
Hans-Christoph Keller (hck), Tel.: 030 212987-36,
E-Mail: hc.keller@raabe.de
Roland Koch (rk), Tel.: 030 212987-34,
E-Mail: r.koch@raabe.de
Tina Bauer, Tel.: 030 212987-32,
E-Mail: t.bauer@raabe.de
Redaktionsassistenz: Anne-Katrin Jung (akj),
Tel.: 030 212987-39, E-Mail: duz-redaktion@raabe.de
Adresse der Redaktion:
Kaiser-Friedrich-Straße 90, 10585 Berlin
Tel.: 030 212987-0, Fax: -30, ISDN: -50
E-Mail: duz-redaktion@raabe.de
Internet: www.duz.de
Gestaltungsidee und Grundlayout:
axeptDESIGN, Berlin
Satz und Grafik:
ESM Berlin
Druck:
Kessler Druck + Medien, Bobingen
Ständige Autoren und Mitarbeiter:
Dr. Bernt Armbruster, Benjamin Haerdle (hbj),
Eva Keller (eke), Christine X. Müller (cxm),
Harald Olkus (olk), Textagentur Café Europe
Titelfoto: lassedesignen/fotolia.de
Verantwortlich gemäß Pressegesetz:
Christine Prußky, Berlin (für den redaktionellen Inhalt)
Anzeigenabteilung und Verlag:
RAABE Fachverlag für Wissenschaftsinformation
Irina Huck, Kaiser-Friedrich-Straße 90,
10585 Berlin; Tel.: 030 212987-31, Fax: -30
E-Mail: duz-anzeigen@raabe.de
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 51 vom 01.01.2013.
Kundenservice und Unternehmenssitz:
Dr. Josef Raabe Verlags-GmbH
Ein Unternehmen der Klett-Gruppe
Rotebühlstraße 77, 70178 Stuttgart
Postfach 103922, 70034 Stuttgart
Tel.: 0711 62900-16, Fax: 0711 62900-10
Geschäftsführerin: Anneliese Grünzinger;
Stuttgart HRB 726594
Ust.-IdNr.: DE 813031443
Bezugsbedingungen:
Ein duz-Abonnement beinhaltet 22 Ausgaben im Jahr (12 x duz MAGAZIN, 10 x duz EUROPA). Der Jahresbezugspreis beträgt 144 Euro, der Halbjahresbezugspreis 78 Euro (für Studierende, Promovenden und Referendare 41 Euro). Alle Preise verstehen sich inklusive 7 % Mehrwertsteuer und Versandkosten, Inland. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, ausschließlich die duz EUROPA zu abonnieren. Der Jahresbezugspreis beträgt 68 EURO (für Studierende, Promovenden, und Referendare 35 EURO). Ermäßigte Abonnements können nur direkt beim Verlag bestellt werden. Die Abonnementrechnung wird Bezugs-, nicht Kalenderjahr bezogen gestellt. Bei Lieferungsausfall durch Streik oder höhere Gewalt erfolgt keine Rückvergütung. Die Abo-Kündigung muss 6 Wochen vor Ende des Bezugsjahres/-halbjahres beim Verlag eingegangen sein.
ISSN-Nr. 1613 – 1290
© Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Beiträge, die mit Namen oder Initialen des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder des Verlages dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte sowie Meinungsbeiträge von Autoren, die nicht der Redaktion angehören, kann keine Haftung übernommen werden. Der Verlag behält sich vor, Beiträge lediglich insoweit zu kürzen, als das Recht zur freien Meinungsäußerung nicht betroffen ist.
Haftungsausschluss für Anzeigeninhalte:
Für die Inhalte von Stellenangeboten und Werbeanzeigen sind die jeweiligen Inserenten verantwortlich.

Gleichberechtigung auf die Agenda setzen

Leuven An der Katholischen Universität Leuven (KUL) beginnt am 13. Mai die erste Runde der Wahl des neuen Rektors. Die Gruppe Frauen und Universität der KUL fordert die Wähler auf, auch die Haltung der Kandidaten zur Gleichberechtigung unter die Lupe zu nehmen. „Wir wollen einen Rektor, der die Gleichberechtigung auf die Tagesordnung der KU Leuven setzt, jemand, der eine Vision hat und konkrete Taten umsetzen will. Dabei geht es nicht um Sanktionen und Forderungen, sondern um den richtigen Fokus und das Ergebnis. (...) Flandern steht nicht im Ruf, sich für positive Diskriminierung einzusetzen. Aber man muss das Thema in einer internationalen Perspektive sehen. Flandern hinkt bei der Gleichberechtigung hinterher. Diejenigen Universitäten weltweit, die auf eine solche positive Diskriminierung setzen, erzielen auch signifikant bessere Resultate."
(De Morgen, 19. April 2013)
➜ **Internet: www.demorgen.be**

Universitäten sollen sich Kernaufgaben widmen

Amsterdam Die Absolventen der niederländischen Universitäten sind nicht ausreichend auf die heutigen Anforderungen des Arbeitsmarktes vorbereitet, schreiben die Unternehmerinnen Paulien Kreutzer und Michelle Melchers in der Tageszeitung Trouw: „Anstatt immer neue Studienrichtungen zu erfinden, sollten die Universitäten sich in ihren Kernaufgaben erneuern. Sie sollen ihre Studenten befähigen, Innovationen zu erarbeiten, Netzwerke zu knüpfen, sich in ihrem Beruf ein Profil zu erarbeiten und unternehmerisch zu denken. Die Universitäten sollen ein Ort sein, an dem Theorie und Praxis zusammenkommen und wo neue Ideen entstehen. Dazu braucht es eine kritische Haltung auch gegenüber dem Bildungsangebot selbst. Unternehmertum seinerseits soll belohnt werden."
(Trouw, 17. April 2013)
➜ **Internet: www.trouw.nl**

Ökonomen müssen sich öffnen

Toulouse Prof. Dr. Jean-Philippe Lesne, Direktor der privaten Wirtschaftshochschule Toulouse School of Economics, erklärt in der Zeitung Le Monde, bei den Wirtschaftswissenschaften sei die Öffnung zu mehreren Disziplinen notwendig. Er verteidigt die umstrittene Autonomie-Reform der Vorgängerregierung: „Wir sind weit entfernt vom Einheitsdenken. (...) Es ist wichtig, die Lehre von Wirtschaftstheorien mit der Beobachtung von Tatsachen zu verbinden, was mit sich bringt, dass in der Ausbildung ein substanzieller Teil für Wirtschaftsgeschichte und Fallbeispiele reserviert werden muss. Die Autonomie der Hochschulen gibt die Freiheit, das Kursangebot selbst festzulegen. Lassen wir diese Diversität gedeihen und geben wir den Studenten die Freiheit, zu wählen oder zu lernen, und den Unternehmen, selbst auszusuchen, wo sie rekrutieren!" *(Le Monde, 17.April 2013)*
➜ **Internet: www.lemonde.fr**

Regierung verweigert Dialog mit Studenten

Kopenhagen Die dänische Regierung hat den Studentenvertretungen vor der Vorlage der Stipendienreform einen konstruktiven Dialog versprochen. Doch wie Tue Lerche von der Studentenvertretung der Universität Kopenhagen in der Zeitschrift Universitetsavisen schreibt, hat der Dialog nichts gebracht. „Ich habe nun eingesehen, dass die netten Worte über Zusammenarbeit und Dialog Lügen waren. Das bedeutet nicht, dass ich oder gar die Studentenbewegung nun die Flinte ins Korn werfen werden. Wenn die Politiker uns ignorieren, dann werden wir nicht schweigen. Das zwingt uns nur, noch lauter zu rufen, um gehört zu werden. Wir ziehen einen konstruktiven und respektvollen Dialog vor. Aber wir werden immer dasjenige tun, was notwendig ist, um gehört zu werden, gleichgültig, unter welcher Regierung."
(Uniavisen, 23. April 2013)
➜ **Internet: www.universitetsavisen.dk**

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

Aus Gründen der besseren Handhabbarkeit
finden Sie den Stellenmarkt in einer gesonderten Datei.

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

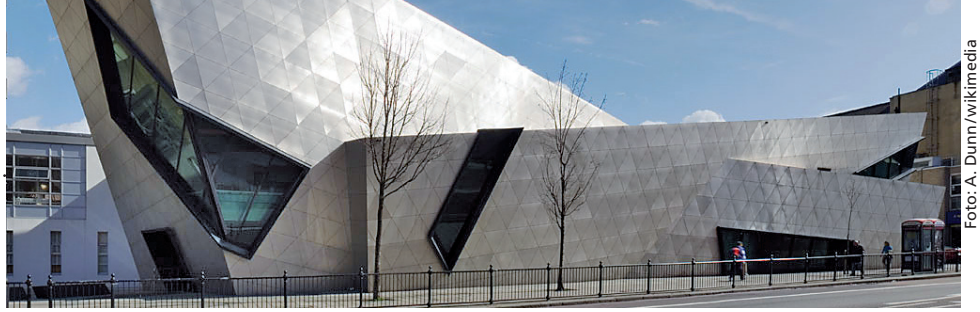


Foto: A. Dunn/wikimedia

Seit April darf die London Metropolitan University wieder ausländische Studierende aufnehmen. Sie hatte nicht ausreichend kontrolliert, ob die Gäste auch wirklich studieren.

von Jochen Hung

Kollektive Verunsicherung

Weniger Geld, weniger Studenten: Englische Hochschulen darben

London In Großbritannien wird seit der Finanzkrise vor fünf Jahren gespart und die Universitäten müssen mithelfen. Das bekräftigte George Osborne im März. Der Schatzkanzler von Premierminister David Cameron sagte bei der Überprüfung des Haushaltes für 2013 vor dem Parlament, die Reformen in der Bildungspolitik seien „auf lange Sicht die wichtigste wirtschaftspolitische Maßnahme“ der Regierung. Das ist politische Rhetorik. Denn der Kern der Reform liegt im Rückzug des Staates.

Sally Hunt, Generalsekretärin der Gewerkschaft UCU (University and College Union) bezeichnete Osbornes Rede als „warme Worte“. Tatsächlich seien die Universitäten Opfer seiner Sparmaßnahmen. Und die sind drastisch. Statt der direkten Finanzierung der Lehre aus Steuermitteln – die durch den Higher Education Funding Council for England (HEFCE) verteilt werden – sollen die Studenten das Geld in die Unis bringen. Das HEFCE-Budget wird bis 2014 um 3,42 Milliarden Euro gekürzt. Das ist ein Minus von 40 Prozent. Die Unis dürfen das seit Oktober 2012 mit jährlichen Studiengebühren von bis zu 10 600 Euro ausgleichen. Zuvor lag die Obergrenze bei 3875 Euro. Um den Verlust öffentlicher Mittel aufzufangen, nahmen 87 der 123 englischen Unis den vollen Betrag.

Die Befürchtung ist groß, dass durch die neue Hochschulfinanzierung Studenten vom Studium abgeschreckt werden. Dann könnten manche Hochschulen womöglich die Budgetkürzungen des Staates nicht durch die Gebühren ausgleichen. „Es ist enttäuschend, dass das Finanzministerium den Hochschulsektor immer noch als Kostenfaktor sieht und nicht als Investition in die Zukunft“, sagt Pam Tatlow, Geschäftsführerin des Uni-Verbands „million+“. Wendy Piatt, Generaldirektorin der „Russell Group“, des Verbands der Top-Unis, sieht die Situation weniger kritisch: „Hochschulabsolventen haben finanzielle Vorteile durch ihren Abschluss, deshalb sind höhere Studiengebühren die einzige mögliche und faire Lösung, um die Kürzung der öffentlichen Finanzierung auszugleichen.“

Diese Rechnung geht jedoch nur auf, wenn die Studentenzahlen gleich bleiben. Bereits im Jahr vor der Erhöhung der Studiengebühren fiel die Zahl der Erstsemester an britischen Universitäten um zwölf Prozent. Im Jahr 2012 sanken die Zahlen insgesamt um 7,7 Prozent. Einzelne Institutionen mussten dramatische Einbußen hinnehmen. An der University of Bolton brach die Studierendenzahl um 25 Prozent ein, an der Leeds Metropolitan University um 23 Prozent. Die Zahl der Teilzeitstudenten ist in ganz England stark gefallen: seit 2010 um 40 Prozent. In diesem Jahr rechnen die Unis mit einem Rückgang von 14 Prozent. Akutell schreiben sich jedoch wieder viele junge Menschen ein (siehe Interview).

Großbritannien ist laut OECD nach den USA weltweit das beliebteste Land für Studenten. Im Jahr 2010 kamen 16 Prozent aller Studenten in Großbritannien aus dem Ausland. Für die Unis sind sie enorm wichtig, weil sie von ihnen weit über die Obergrenze hinaus Gebühren verlangen können.

Großbritannien im Fokus

Grafiken: wikimedia

Hochschulen: In Großbritannien gibt es 135 Universitäten und Hochschulinstitute – 123 davon in England – mit insgesamt rund 2,5 Millionen Studenten und wissenschaftlichem Personal von über 180 000 Angestellten.

Staatsausgaben: Mit 1,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen die britischen Ausgaben für den tertiären Bildungsbereich unter dem OECD-Durchschnitt von 1,6 Prozent.

Finanzierung: Die britischen Hochschulen verfügten im vergangenen Jahr – vor der Erhöhung der Studiengebühren – über 32,8 Milliarden Euro, davon rund 9,8 Milliarden vom Staat und 11,4 Milliarden aus Studiengebühren. Für dieses Jahr erwarten die englischen Unis eine Verringerung der Staatszuschüsse um 19 Prozent und eine Steigerung der Studiengebühren um rund 30 Prozent. Insgesamt rechnen die Hochschulen mit einem Anstieg ihrer Einnahmen um 2,8 Prozent.

Studenten aus Asien oder Australien zahlen mitunter das Dreifache der Heimatstudenten. Neben den hohen Kosten ist das harte Durchgreifen der Regierung in der Einwanderungspolitik kontraproduktiv für die Unis. Weil aus Sicht des Innenministeriums zu viele Studenten entweder gar nicht studieren oder keine gültige Aufenthaltsgenehmigung haben, griff die Behörde im August vergangenen Jahres durch und entzog der London Metropolitan University das Recht, Nicht-EU-Ausländer zu rekrutieren. Die Unileitung führte darauf eine strenge Überwachung ein. Im April erhielt sie ihre Lizenz zurück. Doch ihr Ruf ist ruiniert. Im vergangenen Jahr brach die Zahl der Erstsemester um 43 Prozent ein, ein landesweiter

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

Foto: Universities UK

Nicola Dandridge ist Geschäftsführerin von Universities UK, dem Interessenverband der britischen Universitäten.

Britischer Bildungsmarkt

„Wir waren anfangs sehr besorgt über den Weg“

Die Universitäten hoffen auf mehr Einnahmen durch Studiengebühren, vor allem von Studenten aus dem Ausland.

duz *Können Studiengebühren das fehlende staatliche Geld ausgleichen?*

Dandridge In der Gesamtbilanz spült das Ersetzen der öffentlichen Finanzierung der Lehre durch Studienkredite mehr Geld in den Sektor. Es wird allerdings noch etwas dauern, bis wir absehen können, wie sich diese Entwicklung auf einzelne Bevölkerungsgruppen und Disziplinen auswirkt.

duz *Besteht nicht die Gefahr, dass den Universitäten die Studenten ausbleiben?*

Dandridge Es gab viele Voraussagen, dass die Studentenzahlen in den ersten Jahren nach der Erhöhung der Studiengebühren dramatisch einbrechen werden. Aber die jüngsten Berichte zeigen, dass das Gegenteil der Fall ist. Es ist besonders aussagekräftig, dass sich die Zahl der 18-jährigen Bewerber erhöht hat, obwohl diese Bevölkerungsgruppe kontinuierlich schrumpft.

duz *Wie gefährlich ist die Erwartung der Regierung, dass die Hochschulen ausländische Studenten strenger kontrollieren?*

Dandridge Wir waren anfangs sehr besorgt über den Weg, den die Regierung eingeschlagen hat. Wir konnten seitdem jedoch einige Änderungen in der Politik und der Denkweise durchsetzen – und auch einige der irreführenden Schlagzeilen in der Presse widerlegen. Die jüngsten Zahlen zeigen jedoch eine Abschwächung der Einschreibungen von internationalen Studenten in Großbritannien. Wir müssen nun gemeinsam mit dem Innenministerium sicherstellen, dass die Vergabe von Studienvisa nicht zu aufwendig wird und dass unsere Türen weiterhin offenbleiben für Studenten aus dem Ausland, die wirklich studieren wollen.

➜ **Internet:** www.universitiesuk.ac.uk

Die Fragen stellte Jochen Hung.

Negativrekord. Der Fall der London Met hat den britischen Hochschulsektor verunsichert. Die harte Haltung der Regierung hat den Zulauf von Nicht-EU-Studenten seither deutlich gesenkt.

Um die Verunsicherung bei Hochschulen und Studenten nicht zu steigern, hielt die zentrale Stelle für die Vergabe von Studienplätzen UCAS (Universities and Colleges Admissions Service, siehe duz-EUROPA 05/2012, S. 4f.) in diesem Jahr die aktuellen Studentenzahlen zurück. Normalerweise nennt sie sie immer im Januar. Begründung: Sie wolle „potenzielle Verwerfungen bei Angebot und Nachfrage“ verhindern. Denn wo weniger studieren, da ist auch weniger Geld. Die Bewerber erfuhren somit nicht, ob ihre Hochschule kurz vor der Pleite steht.

Die Angst vor der Pleite ganzer Unis vertrieb der HEFCE im März: Keine Uni stehe vor der Insolvenz, hieß es. Allerdings sei mit weiteren Kürzungen zu rechnen. Zudem kündigte Wissenschaftsminister David Willets an, dass die Studiengebühren bis 2015 nicht weiter steigen dürfen. Damit steigen die Einnahmen der englischen Unis nur spärlich: Im vergangenen Jahr nur um 1,5 Prozent auf 27,5 Milliarden Euro. Da dieser Zuwachs unter dem Inflationsniveau liegt, bezeichnete der HEFCE die Zahlen als „die erste effektive Reduzierung der Einnahmen“ seit Beginn der Statistik vor 19 Jahren.

Die Hochschulen sparen bereits seit der weltweiten Finanzkrise im Jahr 2008 beim größten Kostenfaktor: dem Personal. „Dank der Einsparungen durch die Regierung“, sagt Sally Hunt von der UCU, „haben die Universitäten tatsächlich weniger Geld und schlechtere Jahre stehen bevor.” Die Debatte um das Für und Wider des staatlichen Rückzuges aus der Hochschulfinanzierung ist längst nicht zu Ende. Pam Tatlow vom Verband „million+“ ist sicher, dass die Hochschulfinanzierung vor den nächsten Parlamentswahlen in zwei Jahren zentrales Thema sein wird.

Jochen Hung ist Journalist in London und Berlin.

So wird gespart

Foto: HM Treasury

Budget 2013
Schatzkanzler George Osborne (Foto) hat im März mit dem Budget 2013 auch seine Sparpläne bis 2015/16 vorgestellt. 13,5 Milliarden Euro will er weniger ausgeben. Davon muss das Ministerium für Wirtschaft und Innovation 1,8 Milliarden Euro beisteuern. Aus dessen Topf werden die Universitäten finanziert. Der Verband Universities UK befürchtet verheerende Auswirkungen auf die Hochschul-Budgets. Die Unis hoffen, dass sie Geld aus einem angekündigten 3,5 Milliarden Euro-Programm für Infrastruktur-Projekte bekommen.

Gewissheit kommt Mitte Juni
Beim sogenannten Spending Review am 26. Juni werden die Staatsfinanzen überprüft und die Ausgabegrenzen jedes Ministeriums festgelegt.

duz UNABHÄNGIGE DEUTSCHE UNIVERSITÄTSZEITUNG

Am 31. Mai kommt das neue:

MAGAZIN
Für Forscher und Wissenschaftsmanager

Themen unter anderem:

- Gut geflüstert: Warum Whistleblower im Hochschulbetrieb besser geschützt werden müssen.
- Gut geändert: Die Uni Leipzig überarbeitet ihre Grundordnung zur Freude ihrer Mitarbeiterinnen.

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

Unabhängige Deutsche Universitätszeitung

Wissenschaft weiterdenken

Hintergrundinfos

zu Trends und Entwicklungen aus Forschung, Lehre und Wissenschaftsmanagement

Nachrichten

aus dem nationalen und internationalen Hochschul- und Wissenschaftsgeschehen

Empfehlungen

zu Namen und Netzwerken, bemerkenswerten Projekten und beispielhaften Vordenkern

... und die besten Jobs

für Nachwuchswissenschaftler, Fach- und Führungskräfte im großen akademischen Stellenmarkt

Ja, ich bestelle:

( ) ein duz-Abonnement ab _____ zum halbjährlichen Bezugspreis von 78,00 Euro

( ) ein duz-Abonnement ab _____ zum jährlichen Bezugspreis von 144,00 Euro

( ) ein Abonnement duz EUROPA ab _____zum jährlichen Bezugspreis von 68,00 Euro

Alle Preise inkl. 7% Mehrwertsteuer und inkl. Versandkosten, Inland.

Das Abonnement kann mit einer 6-wöchigen Frist jeweils zum Bezugshalbjahresende bzw. Bezugsjahresende gekündigt werden.

Ermäßigte Preise für Studierende, Promovenden, Referendare (nur bei Direktbestellung).

Bitte senden Sie dieses Formular ausgefüllt per Brief oder Fax an:

RAABE Fachverlag für Wissenschaftsinformation, Kaiser-Friedrich-Str. 90, 10585 Berlin, Fax 030 212987-30

Weitere Informationen und Online-Bestellmöglichkeit unter: www.duz.de

Name, Vorname

Institution / Firma

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Fon / Fax

E-Mail

Datum / Unterschrift

Ich bestätige durch meine 2. Unterschrift, dass ich davon Kenntnis genommen habe, diese Bestellung schriftlich innerhalb einer Woche durch Mitteilung an den RAABE Fachverlag für Wissenschaftsinformation widerrufen zu können. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.